

## ANFRAGE

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 07.02.2025

Ltg.-630/XX-2025

des Abgeordneten Pfister

an Frau Landeshauptfrau Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner

**betreffend:**

**Beschaffungsangelegenheiten des Landes und fragwürdige Förderverträge:**

**Was passiert mit Steuergeldern in Niederösterreich?**

Der Bericht des Landesrechnungshofes 5/2024 zur Gebarung des Landes Niederösterreich in Bezug auf Dienst- und Schutzkleidung deckt zahlreiche Mängel in den Beschaffungsangelegenheiten auf. Besonders kritisiert wurde ein Fördervertrag der Abteilung Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (LAD3) zur Ausstattung des NÖ Forstdienstes. Dieser Modus wurde als weder zweckmäßig noch wirtschaftlich beurteilt, da die gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung durch den Dienstgeber bestand. Die Feststellung, dass der neue Modus die Gesamtkosten um 25 % erhöhte, wirft weitere Fragen zur Bedarfsermittlung und Effizienz auf.<sup>1</sup>

Die Kritikpunkte des Landesrechnungshofes verdeutlichen strukturelle Schwächen in den Beschaffungsangelegenheiten, darunter eine fehlende einheitliche Regelung, Doppelgleisigkeiten und Defizite bei der Bedarfserhebung. Angesichts steigender Ausgaben und wachsender Komplexität ist es von zentraler Bedeutung, dass die Beschaffungsprozesse transparent, sparsam und zweckmäßig gestaltet werden, um Steuermittel effizient einzusetzen und rechtliche Verpflichtungen einzuhalten.

Daher richtet der Gefertigte an Frau Landeshauptfrau Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner folgende

### **Anfrage:**

1. Warum wurde die Ausstattung des NÖ Forstdienstes mit Dienst- und Schutzkleidung im Zeitraum 2019 bis 2023 über einen Fördervertrag geregelt, anstatt diese gesetzliche Verpflichtung direkt durch den Dienstgeber zu erfüllen?

---

<sup>1</sup> [https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/05/560/0560\\_Bericht.pdf](https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/05/560/0560_Bericht.pdf)

2. Welche konkreten Vorteile ergaben sich aus diesem Modus der Beschaffung und wie wurde sichergestellt, dass diese Vorgehensweise die Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entspricht?
3. Wie kam es zur Festlegung des Förderbetrages von 20.000 Euro jährlich im Zeitraum 2019 bis 2023 und welche Kriterien wurden dafür herangezogen?
4. In welcher Form erfolgte die Überprüfung, ob der Förderbetrag gänzlich und zweckmäßig eingesetzt wurde?
5. Wurden nicht verbrauchte Fördermittel an die fördernde Abteilung zurücküberwiesen oder gab es offene Beträge, welche anders verwendet wurden?
  - a) Falls offene Beträge zurücküberwiesen wurden, in welcher Höhe?
  - b) Falls offene Beträge nicht zurücküberwiesen wurden, welcher Verwendung wurden diese zugeführt und in welcher Höhe?
6. Gibt es weitere Förderverträge dieser Art, in denen Beschaffungsaufgaben, welche gesetzlich dem Dienstgeber obliegen, durch Fördermittel abgewickelt werden? (Bitte um detaillierte Auflistung und Nennung der betroffenen Bereiche.)
7. Gab es vor der Einführung des neuen Beschaffungsmodells eine Rücksprache mit dem Landesrechnungshof?
  - a) Wenn ja, welche konkreten Vorschläge wurden seitens des Landesrechnungshofes unterbreitet und aus welchen Gründen wurde dennoch das nunmehr gewählte Modell umgesetzt?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
8. Auf welcher Grundlage wurde der Gesamtkostenrahmen von 125.000 Euro im neuen Beschaffungsmodus festgelegt, obwohl dieser eine Erhöhung der bisherigen Kosten um 25 % bedeutet und der Rechnungshof betonte, dass sich die Ausstattung auf den erforderlichen Bedarf richten sollte und nicht ein vorhin festgelegter Betrag zur Verteilung gebracht wird?
9. Welche konkreten Änderungen werden somit am aktuellen Beschaffungsmodus vorgenommen, um die Kritik des Landesrechnungshofes umzusetzen und künftig eine sparsamere, wirtschaftlichere und zweckmäßigere Lösung zu gewährleisten?

10. Wie wird sichergestellt, dass der neue Modus den tatsächlichen Bedarf an Dienst- und Schutzkleidung widerspiegelt und wie wird dieser Bedarf künftig ermittelt?
11. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik des Landesrechnungshofes an der Zweckmäßigkeit des bisherigen Modus und den erhöhten Gesamtkosten des neuen Modus?
12. Welche Maßnahmen wurden seit Veröffentlichung des Landesrechnungshofberichts ergriffen, um eine einheitliche und effiziente Regelung für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung in allen betroffenen Abteilungen sicherzustellen?
13. In welchen weiteren Bereichen gibt es nach wie vor dezentrale Beschaffungswege und wie wird überprüft, dass diese den Vorgaben der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechen?